

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

16. November – 22. November 2024

Präsident Emmanuel Macron und Premierminister Michel Barnier haben sich gegen die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens ausgesprochen, ohne damit jedoch die Wut der französischen Landwirte, die auch gegen das Abkommen sind, zu besänftigen. Der französische Bauernverband FNSEA warnte vor einem Zusammenbruch der französischen Landwirtschaft und forderte von Macron „politischen Mut“. Die Landwirte befürchten eine „Fleischflut“ aus Lateinamerika und warnen vor unlauterem Wettbewerb durch Produkte, die nicht den strengen Umwelt- und Gesundheitsstandards in Europa unterliegen. Laut der FNSEA seien bei einem Scheitern der Verhandlungen heftige Proteste zu erwarten, darunter zwei weitere Aktionen bis zur Landwirtschaftsmesse im Februar 2025 in Paris, um auf die normativen Zwänge und die Liquiditätsprobleme der Landwirte aufmerksam zu machen.

Marine Le Pen hat am Mittwoch, dem 20. November, angekündigt, dass die Partei *Rassemblement National* für ein Misstrauensvotum stimmen werde, sollte der Haushalt 2025 „die Kaufkraft der Franzosen verringern“. Bereits seit einigen Tagen hatten zahlreiche Parteivertreter angedeutet, dass sie diese Gelegenheit nutzen könnten, um die Regierung von Michel Barnier zu stürzen. Der von der Regierung vorgelegte Haushaltstext wurde in der vergangenen Woche nach erfolglosen Beratungen im Parlament an den Senat weitergeleitet, wo er ab nächster Woche diskutiert wird. Premierminister Michel Barnier hat inzwischen die Verabschiedung des Textes über den Verfassungsartikel 49.3 in Aussicht gestellt.

Der französische Bürgermeisterverband hat auf seinem Kongress vom 19. bis 21. November in Paris seine Unzufriedenheit mit den Sparplänen der Regierung von Michel Barnier zum Ausdruck gebracht. Die Vereinigung der Bürgermeister unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Cannes, David Lisnard (*Les Républicains*), betonte, dass sie die von der Regierung geforderten Einsparungen für die Kommunen in Höhe von € 5 Milliarden nicht unterstützt. Vielmehr fordert der Verband weniger „zentralistische Technokratie“, „weniger Bürokratie“ und mehr Autonomie. Premierminister Michel Barnier wandte sich zum Abschluss des Kongresses direkt an die Bürgermeister, indem er versuchte, die Wogen zu glätten und erklärte, er wolle „verstärkte Handlungsspielräume“ schaffen, um den Kommunen zu helfen. Senatspräsident Larcher kündigte bereits an, nur für maximal € 2 Milliarden an Einsparungen für die Kommunen abzustimmen.

Emmanuel Grégoire, der ehemalige erste Stellvertreter der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo, hat seine Kandidatur für die Wahl zum Bürgermeister von Paris 2026 angekündigt. Das gab das Mitglied der Sozialistischen Partei am Dienstag, dem 19. November, bekannt. Grégoire will der Vertreter der „Versöhnung der Pariserinnen und Pariser“ sein. Er verspricht, „ein Projekt mit der größtmöglichen linken Sammlung aufzubauen“, betont aber gleichzeitig die unüberbrückbaren Differenzen zu den Linkspopulisten von La France Insoumise um Jean-Luc Mélenchon.

Die französische Gesundheitsministerin, Geneviève Darrieussecq, hat angekündigt, dass die Sozialversicherung ihre Erstattungen für Arztbesuche und Medikamente reduzieren wird. Demnach sollen ab 2025 nur noch 65 % der Kosten für Arztbesuche von der Sozialversicherung übernommen werden, die restlichen 35 % von den privaten Zusatzversicherungen. Bisher lag die Verteilung bei 70 % zu 30 %.

Die Kosten für die Sicherheit der Olympischen und Paralympischen Spiele wurden in einem Bericht des Senats auf € 1.1 Milliarden beziffert. Die Ausgaben umfassten u.a. die Lohnkosten für Polizei und Gendarmerie sowie die Betriebs- und Investitionsausgaben für die Sicherheit der Spiele. Allein die Lohnkosten beliefen sich auf € 230 Millionen für durchschnittlich 35.000 Sicherheitskräfte pro Tag. Hinzu kamen auch die von der Regierung zugesagten Prämien in Höhe von € 333,2 Millionen sowie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung des Personals in Höhe von € 297,2 Millionen respektive € 36 Millionen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei *Rassemblement National*, Jordan Bardella, hat in einem Fernsehinterview dafür plädiert, dass ein Mitglied der Partei nur dann Kandidat oder Kandidatin bei einer Wahl sein kann, wenn er oder sie ein leeres Strafregister hat. Auf die Nachfrage, ob das auch für Marine Le Pen gälte, falls sie verurteilt werden sollte, erwiderte Bardella: „Wenn die Richter sich für eine Verurteilung entscheiden, egal wie hoch das Urteil ausfällt, wird es eine Berufung geben“. Diese, so Bardella, wird die Verurteilung nicht bestätigen, da Marine Le Pen „völlig unschuldig ist“.



DIE ZAHL DER WOCHE

49 %

Gemäß einer Sonderausgabe des "Ernest & Young Attraktivitätsbarometers"* gaben 49 % der ausländischen Investoren an, ihre Investitionspläne in Frankreich nach der Auflösung der Nationalversammlung reduziert oder verschoben zu haben. Die genannten Gründe umfassen gesetzliche und regulatorische Unsicherheiten, die Schwierigkeit, verlässliche Geschäftspläne zu erstellen, die Verlangsamung von Reformen und eine Infragestellung öffentlicher Entscheidungen in Schlüsselbereichen, Sorgen bezüglich der Haushalts- und Wirtschaftslage des Landes sowie der Arbeitskosten.

**Die Befragung wurde im Oktober unter 200 „internationalen Entscheidungsträgern“ in 25 Ländern durchgeführt.*